threnden Gefühl durchdrungen, daß sie aus dem innersten Geiste der Bürgerschaft geschöpft sind, danke Ich Ihnen aufrichtig dafür. In der Erinnerung an bedeutsame Ereignisse des verflossenen Jahres begrüße Ich mit Ihnen die wichtigen Fortschritte, welche auf verschiedenen Gebieten des Staatslebens gemacht worden sind. Die wirthschaftlichen Verhältnisse im Lande erfreuen sich im Allgemeinen fortwährenden Gedeihens. Ich finde Mich dadurch in der Ueberzeugung befestigt, daß mit den von Mir und Meiner Regierung zur Hebung der Volkswohlfahrt für nöthig erachteten Reformen die richtigen Wege eingeschlagen worden sind, und daß sie sich in gesteigertem Maße Verständniß und Anerkennung in der Bevölkerung errungen haben. Um so mehr werde Ich bestärkt, das begonnene Werk, dessen Vollendung zur Verbesserung des Looses der arbeitenden Classen Mir ernstlich am Herzen liegt, in ruhiger, besonnener Ausbildung fortzuführen. Die unter des Reiches Schutz gestellten Ansiedelungen in fernem Welttheile verleihen deutschem Geiste und deutscher Kraft erhöhten Antrieb zu regsamer Thätigkeit und werden dadurch auf Handel und Industrie zuversichtlich eine wohlthätig fördernde Wirkung üben. Unter dem gesegneten Einflusse der friedlichen Verhältnisse, welche das neue Jahr eröffnen, und welche, wie Ich vertraue, andauern werden, steht eine erfreuliche Entwickelung der materiellen, wie nicht minder der geistigen Interessen Meines Volkes in Aussicht. Somit darf Ich hoffen, daß auch Meine getreue Stadt Berlin durch einsichtsvolle Betriebsamkeit auf solcher Grundlage in dem stetigen Wachsthum ihres Aufschwungs beharren wird.

Berlin, den 5. Januar 1885. **Wilhelm.**

An die Stadtverordneten zu Berlin.

* In ihrer Sitzung vom 7. d. M. beschäftigte sich die Afrikanische Conferenz, wie schon mitgetheilt, zunächst mit dem Declarationsproject betr. den Sclavenhandel.

Graf Launay constatirte, daß das von der Commission ausgearbeitete Project einmüthige Zustimmung der Mitglieder gefunden habe und erkannte in dem Verbot des Sclavenhandels einen unbestrittenen völkerrechtlichen Fortschritt, zugleich auch eine der öffentlichen Moral und der Menschlichkeit erwiesene Huldigung. Auf Vorschlag des Barons Lambermont wurde im Anfang der Declaration statt „selon les principes" (gemäß den Grundsätzen) „conformément aux principes" (in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen) gesetzt.

Hierauf bemerkte der Präsident, daß den Bevollmächtigten ein von der deutschen Regierung der Conferenz unterbreitetes Declarationsproject zugegangen sei, welches von den Formalitäten handele, die zu beobachten seien, damit neue Besitzergreifungen an den afrikanischen Küsten als effective betrachtet werden könnten. Herr Busch fragte nun an, ob die hohe Versammlung sogleich in eine Generaldiscussion hierüber einzutreten beliebe oder vorziehe, das Project der Commission zur Prüfung zu überweisen.

Sir Edward Malet hat von seiner Regierung diesbezüglich noch keine erschöpfenden Anweisungen erhalten.

Herr de Serva beantragt, in Alinea 2 einige Worte einzuschalten und demselben folgende Fassung zu geben:

> „2. Besagte Mächte anerkennen die Verpflichtung, in den von ihnen besetzten oder unter ihren Schutz genommenen Gebieten oder Orten eine Rechtsprechung zu begründen und zu unterhalten, welche hinreicht, um die Beobachtung des Friedens, die Achtung der erworbenen Rechte zu sichern, die Unterdrückung des Sclavenhandels wirksam zu machen und eintretenden Falls den Bedingungen, unter denen die Freiheit des Handels und des Durchgangsverkehrs verbürgt worden wird, Achtung zu verschaffen."

Graf Launay stimmt dieser Motion grundsätzlich zu, worauf der Präsident die Ueberweisung des de Serpa'schen Amendements in die Commission und zugleich die Erschöpfung der Tagesordnung ankündigt.

Baron de Courcel erinnert daran, ob es sich nicht empfehlen möchte, die im Art. VI der Declaration betreffs der Handelsfreiheit enthaltenen Vereinbarungen, welche in Wahrheit mit den Handelsinteressen nichts zu schaffen hätten, abzusondern und daraus eine eigene Declaration zu machen. Herr Busch meint, dieser Punct könne bei Feststellung der Schlußacte geprüft werden. Baron Lambermont unterscheidet zwischen dem schon kraft des gegenwärtigen Völkerrechts abgeschafften Sclavenhandel und denjenigen Handel, welcher Sclaven überhaupt erst in den Handelsverkehr liefere, welch letzterer ebenfalls unterdrückt werden müsse. Sir Edward Malet empfiehlt, gerade in der Acte bezüglich der Handelsfreiheit ein Wahrzeichen der von der hohen Versammlung der Sclavenfrage gewidmeten Aufmerksamkeit bestehen zu lassen. Im Anschluß an einige vom ersten Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten gemachte Bemerkungen hebt der Präsident hervor, daß es von Interesse für die Geschichte der Conferenz sei, die Spur der successiven Standpuncte zu wahren, von denen sie ausging, und die in der Anordnung und Reihenfolge ihrer Beschlüsse hervortreten. Die Schlußacte würde nicht umfangreich und Nachforschungen in derselben daher immer leicht sein. Es wäre nicht ohne Inconvenienzen, blos um einer strengeren Logik und Ordnung willen schon festgestellte Texte wieder in Frage zu ziehen. Schließlich wird entschieden, die schon angenommenen Texte unverändert zu belassen, abgesehen von lediglich formellen Aenderungen, die bei Feststellung der Schlußacte etwa noch vorzunehmen wären.

Der Präsident bemerkt, daß der Conferenz nur noch die Prüfung der Neutralitätsfrage und des dritten Punctes ihres anfänglichen Programms erübrige. Alsdann könne eine Sitzung auf Ausarbeitung der Schlußacte verwendet werden.

Endlich stimmt die Conferenz der Anregung des Grafen Launay zu, wonach der belgische Bevollmächtigte Baron Lambermont mit Vorbereitung der Schlußacte betraut wird. Der Präsident kündigt an, daß er sich mit einigen Bevollmächtigten wegen Festsetzung des Termins der nächsten Conferenzsitzung verständigen werde. Schluß der Sitzung 3¼ Uhr.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bemerkt: „Der „National-Zeitung" zufolge werden zur Vorbereitung der Feier des 70jährigen Geburtstages des Fürsten Bismarck in weitesten Kreisen Anstalten getroffen. Das Blatt wird dabei darauf aufmerksam gemacht, daß Fürst Bismarck nicht nur seinen 70jährigen Geburtstag in diesem Jahre begeht, sondern auch das 50jährige Jubiläum seines Eintritts in die Praxis des Staatsdienstes, indem er im Mai 1835 bei dem Berliner Stadtgericht als Auscultator eintrat. Das genaue Datum des Eintrittes sei noch nicht festgestellt. Soweit wir uns über letzteren Punct zu orientiren vermochten, ist v. Bismarck, Leopold Eduard Otto, Rechtscandidat in term. den 22. Mai 1835 geprüft und den 4. Juni 1835 als Auscultator beim Stadtgericht angestellt worden. Am nämlichen Tage dürfte wohl auch die Ablegung des Diensteides und damit der Eintritt in die Praxis des Staatsdienstes stattgefunden haben."

* In der am Freitag stattgefundenen Sitzung der Petitionscommission wurde über eine Petition des früheren Gutsbesitzers Meyhöfer wegen Einführung einer von ihm erfundenen Papierpatrone statt der jetzt im Gebrauch befindlichen Metallpatrone verhandelt; nach Angabe des Petenten sollen durch dieselbe bedeutende Ersparungen und große technische Vortheile erzielt werden. Nachdem von dem Regierungs-Commissar erklärt war, daß die Patrone geprüft, jedoch unbrauchbar befunden sei, übrigens finanzielle Ersparungen durch ihre Einführung auch nicht erzielt werden würden, wurde nach dem Antrage beider Referenten die Petition als zur Erörterung im Plenum ungeeignet erklärt.

* Laut einer Mittheilung des Stellvertreters des Reichskanzlers sind als Commissarien für die Berathung des Postsparcassen-Gesetzes im Reichstag der Director im Reichs-Postamt Dr. Fischer, Geheimer Ober-Regierungsrath Schraut, Geheimer Postrath Sydow und Landrath Bartels bestimmt.

* Die Mittheilung, daß eine neue Fischereiordnung dem preußischen Landtage zugehen soll, entbehrt der Begründung. Eine solche wird ebensowenig, wie eine Jagdordnung zu den Vorlagen für den Landtag gehören. Vielmehr wird die landwirthschaftliche Verwaltung sich wesentlich mit Gesetzen provinzieller Natur begnügen. Hierher gehören neben dem Consolidationsgesetz für Rheinland, ein Gemeinheitstheilungs- und Zusammenlegungsgesetz für Hohenzollern, Ablösung des Plaggen- und Bültenhiebs in Hannover, die Ausdehnung der erleichternden Vorschrift für den Tausch und Ankauf kleiner Parcellen u. dergl.

* Wie in Schaumburg-Lippe, so bereitet sich auch in Lippe-Detmold eine Aussöhnung des Fürsten mit seinen Ständen vor. Im ersten Streitpuncte hat der Fürst nachgegeben. Die erste Nummer des „Gesetzblattes" publicirt die Herabsetzung des Schulgeldes von 5 ℳ auf 3 ℳ für das laufende Jahr. Dasselbe hatte der Landtag einstimmig beschlossen. Aber der Fürst weigerte sich, den Beschluß zu sanctioniren und der Landtag rächte sich dadurch, daß er seinerseits den Landcassen-Etat pro 1885 nicht genehmigte. Eine anderweite vom Landtage gleichfalls beschlossene Ermäßigung der Classensteuer durch Befreiung der unteren Stufen hat die Zustimmung des Fürsten bis jetzt nicht gefunden.

? * *

* Seit einigen Tagen circuliren in Wien sowohl als in den Provinzen Gerüchte über eine Ministerkrisis. Anlaß dazu hat die Annullirung der Brünner Handelskammerwahlen gegeben, denen der Handelsminister Baron Pino noch heute seine Billigung vorenthält. Sein Ausscheiden wurde daher zunächst in Aussicht gestellt. Bald hieß es, er werde sofort austreten, bald, der Wechsel sei bis zum Schluß der Reichsrathssession vertagt. Wenn die Gerüchte überhaupt begründet sind, so ist letztere Version unbedingt die wahrscheinlichere, weil sonst in dem letzten Abschnitt der Session noch unliebsame Zwischenfälle auftauchen könnten. Was Pino's Nachfolger betrifft, so erhalten die Gerüchte von der Krisis dadurch einen gewissen Halt, daß für sein Portefeuille Baron Widmann, Statthalter in Tirol, ausersehen sei. Widmann, als Politiker absolut farblos, wäre der rechte Präsentant jener Mittelpartei, nach der Graf Taaffe sich zu sehnen noch nicht aufgehört hat. Wenn Baron Pino entlassen wird, so hat sicher auch seine schwankende Haltung in der Auslegung des Reglements für die Handelskammerwahlen dazu mitgewirkt. Nachdem er für die Brünner Handelskammer verfügt hatte, daß das passive Wahlrecht an die Kategorie und nicht blos an die Section des Wahlberechtigten geknüpft sei, erklärten die Wahlcommissionen zu Reichenberg und Wien die Auslegung des Ministers für ungerechtfertigt und beschlossen, das bisherige Verfahren unverändert fortbestehen zu lassen. Die Wahlcommission in Linz legte dem Handelsminister ihre Bedenken gegen seine Verfügung vor und siehe da: Baron Pino änderte seine Meinung und antwortete nach Linz, zur Entscheidung, wem das passive Wahlrecht zukomme, sei nur die Wahlcommission berechtigt, worauf auch diese beschloß, es beim Alten zu belassen.

* Die Slowenen im südlichen Steiermark haben am 1. Januar in Marburg an der Drau eine Versammlung abgehalten, in welcher folgende Resolution angenommen wurde: „In Erwägung, daß für die steirischen Slowenen so gut wie gar nichts geschehen sei; in Erwägung, daß bei ihnen noch nicht die Gleichberechtigung der Nationalitäten im Sinne des §. 19 der Staatsgrundgesetze über die Rechte der Staatsbürger durchgeführt sei; in Berücksichtigung, daß selbst ihre bescheidensten Forderungen noch nicht erfüllt sind, als: Errichtung einer slowenischen Lehrkanzel an der Universität zu Graz, Errichtung slowenischer Parallelclassen an allen südsteierischen Mittelschulen, Einführung der slowenischen Sprache als Unterrichtssprache an der Marburger Lehrerbildungsanstalt, Errichtung einer Statthalterei-Abtheilung in Cilli oder Marburg und einer neuen Handels- und Gewerbekammer in Marburg, verlangen die steirischen Slowenen von ihren Abgeordneten, daß sie gemeinsam mit den kroatischen Abgeordneten Dalmatiens und Istriens einen südslawischen Club bilden, der in allen Fragen mit den Clubs der Czechen, Polen und Klerikalen solidarisch vorzugehen hat." Wie aus dieser Resolution hervorgeht, zeigen die Slowenen der Steiermark, die zum großen Theil der deutschen Sprache mehr oder weniger mächtig sind, dieselbe, wenn nicht eine größere Begehrlichkeit als ihre Stammesgenossen in Krain. Schwerlich wird jedoch die Regierung auf alle die „bescheidenen Forderungen" der slowenischen Führer in Marburg eingehen können. Die Erfüllung aller slowenischen Wünsche wäre gleichbedeutend mit der Zermalmung des deutschen Elementes in Südsteiermark und mit der Anbahnung eines großen slowenischen Verwaltungsgebietes, das der Grundstock eines zukünftigen Südslawenreiches werden könnte. Die Bildung einer Statthalterei-Abtheilung in Marburg oder Cilli müßte nothwendigerweise mit der Zeit zur Theilung Steiermarks in einen deutschen und slowenischen Theil führen, welch letzterer bald an Krain angegliedert werden würde. Für eine solche Gegenleistung sind die Stimmen der steierischen Slowen im Reichsrathe zu gering und einflußlos. Einige der Forderungen, wie Errichtung eines slowenischen Lehrstuhles an der Grazer Universität, Errichtung slowenischer Parallelclassen an den südsteierischen Mittelschulen, werden jedoch in den nächsten Jahren schon erfüllt werden.

* Wie das galizisch-russische Blatt „Slowo" meldet, findet seit einigen Monaten eine nicht unbeträchtliche Auswanderung ruthenischer Bauern aus den galizischen Grenzdörfern nach Rußland statt. In großen Schaaren siedeln sich die durch ungünstige wirthschaftliche Verhältnisse verarmten Ruthenen in den benachbarten fruchtbaren russischen Gebieten, namentlich in Wolhynien, an, nachdem sie ihre Güter in Galizien verkauft haben. Unter diesen Auswanderern befinden sich auch deutsche Colonisten, die in Rußland ein besseres Fortkommen zu finden hoffen, als in Galizien unter dem Druck des Polenthums.

* Ein römisches Blatt, welches die volkswirthschaftlichen und commerziellen Fragen mit einer in der römischen Tagespresse seltenen Competenz zu behandeln pflegt, der „Popolo Romano", sieht sich veranlaßt, ein Urtheil des „Wiener Tageblatt", welches der eventuellen Wahl Triests zur Kopfstation der deutschen transoceanischen Dampferlinien die Bedeutung einer politischen und ökonomischen Isolirung Italiens beigelegt hat, richtig zu stellen und zugleich den bezüglichen italienischen Befürchtungen einen Dämpfer aufzusetzen. Wenn die Ziffern des „Popolo Romano" richtig sind, so würde allerdings der Genua bedrohende Nachtheil nicht so groß sein, wie allgemein angenommen wird. Nach dem genannten Blatte kommen nämlich von den den italienisch-deutschen Waarenaustausch repräsentirenden 360,000 Tonnen (im Jahre 1883) auf Genua nur ca. 40,000 Tonnen, von denen etwa die Hälfte dem Transit zwischen Deutschland und dem Orient zufällt. Es würden also, selbst wenn zu Gunsten Triests jeder Transit zwischen Deutschland und dem Orient via Genua aufhören sollte, dem letzteren Hafen und der Gotthardlinie höchstens 20,000 Tonnen entzogen werden, was begreiflicherweise die Bedeutung Genuas nicht tangiren könnte. Auch die Meinung, daß der gesteigerte Handel Genuas lediglich von der Eröffnung der Gotthardbahn abhänge, ist ein Irrthum, da derselbe von 1880 auf 1881 eine Erhöhung um 273,000 Tonnen, von 1881 auf 1883 (nach Eröffnung der Gotthardbahn und im doppelten Zeitraum!) blos um 238,000 Tonnen erfahren hat. „Dies beweist", sagt der „Popolo Romano", „daß die Verkehrssteigerung wesentlich aus dem erhöhten Waarenaustausche zwischen Deutschland und Italien herzuleiten ist und nicht aus der Zahl von Seidenballen, welche aus Asien über Genua nach Deutschland gehen, oder den Nürnberger Spielsachen, die nach Angra Pequena bestimmt sind. . . Angenommen, daß Triest uns jene 20,000 Tonnen entzöge, so ist es lächerlich, von Isolirung Italiens zu reden, wie dem Wiener Blatte beliebt hat; und Genua, das eigene Lebenskraft hat und tagtäglich an Macht gewinnt, braucht sich wegen dieser liliputanischen Concurrenz keine Sorge zu machen."

* Einiges Aufsehen erregt eine Rede W. H. Gladstone's, welche den Rücktritt des Ministerpräsidenten vom politischen Leben anzukündigen scheint. Der junge Gladstone meinte, man könne eine erhebliche Verlängerung der politischen Thätigkeit seines Vaters, der nach langer und harter Arbeit einen Anspruch auf Ruhe habe, nicht erwarten; es sei gewiß, daß Gladstone zeitlebens im Harnisch bleiben werde, wenn er sich auch einer weniger schwierigen, aber vielleicht ihm angenehmern Thätigkeit widmen möge. Auffallender noch als diese Rede sind die Bemerkungen, welche die „Times" an dieselbe knüpft. Die „Times" will nicht gerade behaupten, daß der greise Staatsmann die Fähigkeit verloren habe, Thatsachen zu begreifen und zu verwerthen, rasche Entschlüsse zu fassen und die Erscheinungen einer neuen Zeit zu verstehen. „Aber es kann nicht geleugnet werden, daß die Regierungspolitik eine solche ist, wie sie sich aus einem Mangel an innerer Schnellkraft naturgemäß ergeben würde. Wenn diese Mängel nicht lediglich oberflächlichen Functionsstörungen, sondern einer organischen Veränderung entstammen, dann handelt es sich nicht länger um die Frage, ob Gladstone den Anspruch auf Ruhe hat, sondern darum, ob er das Recht hat, seinen Rücktritt hinauszuschieben." Man mag über Gladstone denken wie man will, rein menschlich betrachtet, berührt die unehrerbietige und rücksichtslose Deutlichkeit dieser Sprache im Munde eines Engländers peinlich und unangenehm.

* Im Yildiz-Palast hat zu Anfang der letzten Woche ein Ereigniß gespielt, das zwar keine politische Bedeutung, aber für die Hofkreise großes persönliche Interesse hat; der Sturz der Tscherkessen heißt es. Bekanntlich befanden sich ziemlich viele Tscherkessen in Vertrauensstellungen, theilweise in unmittelbarer Nähe des Sultans, so der Chef der Geheimpolizei des Palastes, „Tscherkeß Achmed", Sia Pascha, der Divisionsgeneral Osman Pascha (nicht zu verwechseln mit dem Kriegsminister) und andere mehr, worunter die Officiere der weißen Leibwache nicht zu vergessen sind. Viele von diesen Leuten haben sich vereinigt und Zusammenkünfte abgehalten, auch Geld gesammelt; der nächste Zweck der Zusammenkünfte scheint die Herstellung eines Buches gewesen zu sein, in welchem die Geschichte der Tscherkessen patriotisch beleuchtet und auch der Satz verfochten wurde, die Tscherkessen seien das beste Element im türkischen Reiche und von ihnen müsse die Wiedergeburt desselben ausgehen. Jedenfalls haben die Leiter sich unvorsichtig benommen; ihr Unternehmen wurde bekannt, die Gegner ihrer Partei stellten es als eine Verschwörung dar und das Ergebniß war, daß die leitenden Tscherkessen sämmtlich gefangen gesetzt wurden. Raghib Bey ist mit der Untersuchung des Falles beauftragt. Es heißt, daß Arin Effendi Dabian an Stelle Achmeds zum Leiter der Geheimpolizei ernannt werden soll, derselbe, den der Großvezier vor Kurzem aus dem Auswärtigen Amt entfernt hat.

* In verschiedenen Bezirken Japans, besonders in Saitama, haben ernste Unruhen stattgefunden. Im Beginn des Monats October verlangten die Bauern eine Frist zur Bezahlung der Steuern, die sie wegen des Herabgehens der Reispreise nicht zahlen könnten. Da ihnen die Stundung abgeschlagen wurde, versammelten sie sich am 31. October auf ein durch einen Kanonenschuß gegebenes Zeichen an einem bestimmten Orte und zogen gegen die benachbarten Städte. Ihre fort und fort anschwellenden Banden drangen in die Häuser der Reichen, verbrannten die Besitztitel derselben und bemächtigten sich alles dessen, was sie fortschleppen konnten. Diese Scenen dauerten mehrere Tage lang. Die gegen die Aufständischen abgeschickten kaiserlichen Truppen wurden von diesen kräftig angegriffen und konnten nur mit Mühe den Kampfplatz behaupten und später die Aufständischen verfolgen. Die Regierung hat nun den Präfecten befohlen, umständliche Berichte über die gegenwärtige Lage des Ackerbaues einzusenden, und soll die Herabsetzung der Grundsteuer beschlossen haben.

Zur Lage.

H. Berlin, 9. Januar. Die beiden ersten Sitzungen im neuen Jahre boten ein völlig anderes Bild, als man irgend erwarten konnte. Zwar auf eine sogenannte große Debatte war man am 8. Januar gefaßt, denn der Nachtragsetat für den Gouverneur von Kamerun stand auf der Tagesordnung, aber zur Verhandlung über diese Position kam es weder gestern noch heute, und doch währte die eine Sitzung bis 6, die andere bis gegen ½6 Uhr.

Ganz andere Themata, als auf der Tagesordnung standen, wurden discutirt und eingehend erörtert, und an beiden Tagen nahm Fürst Bismarck wiederholt das Wort, gestern allein 7 Mal. Der Herr Reichskanzler machte einen wohlthuend frischen Eindruck, und obgleich er nicht nur wie immer keineswegs wie gewisse „hervorragende" parlamentarische Führer mit ausgearbeiteten Reden in die Versammlung kam, ja nicht einmal die Absicht hatte, bei dem zur Debatte stehenden Etat des Reichsamts des Innern überhaupt das Wort zu nehmen, so war er es doch fast allein, der die Debatte beherrschte und den Sophistereien der Gegner mit immer neuen sachlichen Gründen und Ausführungen entgegen trat.

Wer waren diese Gegner? Die Frage ist, wenn gestellt, auch sofort beantwortet. Es sind die Vertreter der Mehrheit, welche der gegenwärtige Reichstag leider aufzuweisen hat, es waren die Richter, Rickert und Dirichlet von der „deutschfreisinnigen" Partei im Bunde mit den Klerikalen, von denen allerdings nur Herr Lingens, einer von den Göttern niederer Ordnung, das Wort nahm, welche aber sämmtlich sich, wie man zu sagen pflegt, ins Fäustchen lachen, als tertius gaudens dabei stehen, wenn es viel Lärm giebt, wenn der Schöpfer der nationalen Einheit recht heftig angefeindet wird.

Die Nothlage der Landwirthschaft bildete eigentlich das alleinige Thema, über welches gestern discutirt wurde. Man weiß wirklich kaum einen anderen Grund zu finden, wenn nicht die Absicht vorliegt, um jeden Preis Skandal zu machen und die Augen der großen urtheilslosen Menge noch mehr zu verblenden, daß Abg. Dirichlet gestern, wie so oft bei gleich unpassenden Gelegenheiten, die Behauptung aufstellte, daß die in den Jahren 1880—1883 gestiegene Auswanderung eine Folge der neuen Wirthschaftspolitik sei. Denn daß diese doch unmöglich zu beweisende Behauptung auf der anderen Seite eine entrüstete Erwiderung hervorrufen mußte, das wußte doch auch Herr Dirichlet vorher. Aber der Herr Reichskanzler, der Urheber der neuen Wirthschafts- und Steuerpolitik, konnte einer solchen Anklage gegenüber ebenso wenig schweigen, wies darauf hin, daß die Auswanderer keineswegs zu den völlig Verarmten gehören und zeigte aus seiner unmittelbaren persönlichen Erfahrung, wie gerade die kleinen Besitzer dem Vaterland den Rücken kehren, lediglich durch die schwierige Lage der Landwirthschaft dazu bewogen, durchaus nicht durch drückende Armuth.

Hatte er nun einmal die Nothlage der Landwirthschaft aufs Tapet gebracht und es offen ausgesprochen, daß er Namens Preußens den Antrag auf Erhöhung der Getreidezölle im Bundesrath befürworten werde, so nahmen die fortschrittlichen Gegner diese Mittheilung freudig auf, um sie mit möglichst pathetischem Aufschrei über die Vertheuerung des Brodes des armen Mannes und anderen demagogischen Redensarten breit zu treten und so die Aufmerksamkeit der Menge von sich und ihrem antinationalen Treiben abzulenken.

Die Frage der Getreidezölle ist keine Parteifrage. Es handelt sich lediglich darum, zunächst festzustellen, ob sich die Landwirthschaft in einer Nothlage befindet. Das wird von der übergroßen Mehrheit der Landwirthe, deren Urtheil doch hier gewiß in erster Reihe maßgebend ist, bejaht, und sodann darum, ob ein höherer Zoll der gedrückten Landwirthschaft aufhelfen könne. Hier gehen die Meinungen zwar auseinander, doch auch hier steht der überwiegende Theil der Sachverständigen auf Seiten des Reichskanzlers. Wenn es sich um Rechtsfragen handelt, fragt man die Juristen, ebenso werden auf allen anderen Gebieten lediglich die Fachmänner für zuständig erachtet, ein maßgebendes Urtheil abzugeben. Warum sollen nun die Landwirthe nicht competent sein in landwirthschaftlichen Fragen? Die Art, wie die „freisinnige" Partei die Landwirthschaft behandelt, berechtigt den Herrn Reichskanzler durchaus zu dem Vorwurf, daß Herr Richter weder die Zeit noch das Land kenne und richtig beurtheile. Der Reichskanzler und die Landwirthe sind der Ansicht, daß die Landwirthschaft nothwendigerweise geschützt werden müsse, Herr Richter ist entgegengesetzter Meinung und bezeichnet seine Gegner als Vertreter der Schnaps- oder Schweinepolitik.

Gestern hatten die Herren Richter und Rickert abermals die Kühnheit, zu behaupten, daß Fürst Bismarck auf Kosten der Besitzlosen eine Politik lediglich zu Gunsten der besitzenden Classen betreibe, und als der erste Beamte des Reiches sich gegen diese Beleidigungen verwahrte, spielten die „Freisinnigen" noch die Verletzten und warfen dem Reichskanzler vor, daß er persönliche „Spitzen" in die Debatte bringe! Man weiß kaum, ob der Eindruck mehr komisch ist oder mehr betrübend, wenn Herr Richter behauptet, niemals eine Beleidigung gegen den Herrn Reichskanzler vorgebracht zu haben, wenn er versichert, mit der Presse nur wenige Beziehungen zu unterhalten.

Aber die zahlreichen Zustimmungsadressen, welche dem Reichskanzler in der letzten Zeit zugegangen, beweisen, daß Fürst Bismarck sehr wohl die Nation zum Richter zwischen sich und Herrn Richter aufrufen kann. Die Mehrheit des Reichstags repräsentirt nicht die Mehrheit des deutschen Volkes, und fast scheint es, als ob die klerikal-fortschrittliche Majorität dies aller Welt täglich mehr zum Bewußtsein zu bringen bemüht ist.

Auch heute klang es noch von gestern nach, und die Mehrheit hat abermals den „Triumph" gefeiert, die Verhandlungen verschleppt, die Debatte verbittert, der Regierung eine „Niederlage" bereitet zu haben. Heute hat auch Herr Windthorst sein gut Theil beigetragen. Wir haben das Vertrauen zur guten Sache und zum Siege der großen nationalen Ideen und Bestrebungen des Fürsten Bismarck, aber die Frage können wir der Richter-Windthorst'schen Gefolgschaft gegenüber nicht unterdrücken: „Quousque tandem?"

Vermischtes.

* Aus Braunschweig, 7. Januar, wird der „Köln. Zeit." geschrieben: „In unserer Stadt steht neben dem Dome ein häßliches altes Gebäude, die Burgkaserne oder Burg Dankwarderode, welches die Stadt vor Jahren von der Staatscasse auf Abbruch ankaufte. Man entdeckte aber einige alte, architektonisch merkwürdige Fenster in dem Bauwerk, und da wurde auf Betreiben der Alterthumsfreunde der Abbruch seitens der Regierung verboten. Es ist nun seitdem viel über einen Neubau der Burg an jener Stelle geredet und verhandelt worden, aber es fand sich Niemand, der Geld dazu geben wollte. Man sagte sich mit Recht, wenn die Stammburg Heinrich's des Löwen neu aufgebaut werden soll, so ist dies in erster Linie Sache des Herzogs, dieser aber bekundete nie das geringste Interesse dafür. Alle Versuche der Bürgerschaft, die Beseitigung des den Domplatz verunzierenden häßlichen Gemäuers zu erzielen, scheiterten ebenfalls. Jetzt hat nun der Herzog von Cumberland Verhandlungen mit dem Magistrat anknüpfen und mittheilen lassen, er sei nicht abgeneigt, die „Burg Dankwarderode" anzukaufen und renoviren, bezw. wiederaufbauen zu lassen. Es ist zwar sehr unwahrscheinlich, daß die Verhandlungen ein Ergebniß haben werden, es wird das aber wohl auch kaum von dem Herzog gewünscht. Es ist vielmehr allgemeiner Ansicht nach ein nicht ungeschicktes Mittel, hier Stimmung für Cumberland zu machen, da die Bürgerschaft sehr die Beseitigung des alten Mauerwerks wünscht. Im Uebrigen wird auch sonst für Cumberland die Arbeit kräftig fortgesetzt, einzelne Gewerbetreibende werden veranlaßt, sich schon jetzt an ihn wegen gewisser Vergünstigungen zu wenden, die denn auch bereitwilligst für die Zukunft zugesichert werden sollen."

— In dem jüngst veröffentlichten Bande der Bismarck'schen Bundestagsberichte finden sich einige bemerkenswerthe Aeußerungen über die Zünfte. Am 27. April 1853 schrieb Herr von Bismarck aus Frankfurt an Wagener: „. . . . . Wenn man den Einfluß der Handwerker in der hiesigen Republik kennt, den Sammet und die Seide der Handwerkerfrauen, die elegante Einrichtung der Wohnungen sieht, so wird man leicht klar über die Quelle der Unzufriedenheit, die auch hier den Handwerkerstand zum großen Theil Gewinn von einer Umwälzung erwarten läßt. Die corporativen Verbände sind hier weit entfernt, eine Grundlage christlicher Zucht und Sitte zu bilden, sie dienen vielmehr nur zum Tummelplatz untergeordneter politischer und persönlicher Zänkereien und als Mittel, die Ausbeutung des Publicums und den Ausschluß der Concurrenz mit Erfolg zu betreiben. Ich entnehme aus diesen Erscheinungen noch kein Motiv, meine bisherige Ueberzeugung in diesen Fragen zu desavouiren, und gebe gern zu, daß die Resultate eines Systems in der hiesigen Kleinstaaterei andere sind, als in einem großen Lande; aber leugnen kann ich nicht, daß mich diese Erscheinungen stutzig gemacht haben, und da ich weiß, daß Sie sich für diese Fragen mit Recht besonders interessiren, so wäre es mir lieb, Ihre Auffassung der vorstehend charakterisirten Erscheinungen kennen zu lernen." Da Herr von Bismarck vielfach in die Lage kam, die Dienste der Frankfurter Handwerker in Anspruch zu nehmen, so mußten sich die Beobachtungen, die er dabei machte, mehr und mehr zu einem Urtheil verdichten. Daß dies geschah, ersehen wir aus einem späteren Schreiben, in welchem es heißt: „Ueber eine andere Frage muß ich Ihnen wenigstens eine Erfahrung mittheilen, die ich hier gemacht habe; ich habe mir bisher viel von der Wiederaufhebung der Gewerbefreiheit versprochen; daß es aber damit allein nicht gethan ist, beweisen die hiesigen Zustände. Das Zunftwesen ist hier bisher intact und man vermißt keinen der Nachtheile, die es mit sich führt: übermäßige Theuerung des Fabrikats; Gleichgiltigkeit gegen Kundschaft und deshalb nachlässige Arbeit, langes Warten auf Bestellung, spätes Anfangen — frühes Aufhören, lange Mittagszeit bei Arbeiten im Hause, Mangel an Auswahl fertiger Gegenstände, Zurückbleiben in technischer Ausbildung und viele andere von den Mängeln, die ich stets zu tragen entschlossen gewesen bin, wenn ich dafür einen conservativen befriedigten Handwerkerstand haben kann. Diese Entschädigung für jene Uebel fehlt aber hier in noch höherem Maße als in Berlin; man findet hier kaum einen Handwerksburschen von anderer als entschieden demokratischer Richtung und selbst die Meister, mit Ausnahme einer mehr von der katholischen Geistlichkeit als durch eigenes Interesse zusammengehaltenen conservativen Phalanx, gehören der Bewegungspartei an und treiben den Unsinn zum Theil so weit, daß sie ihren Gesellen während der Arbeit, an der sie selbst nicht theilnehmen, die Schriften der rothen Demokratie vorlesen. Ich suche die Ursache dieser Erscheinung in dem neidischen Gleichheitsgefühl, welches den wohlhabenden Handwerker antreibt, mit dem Handelsherrn und Bankier an Luxus, oder mit dem Studirten der hiesigen Republik an Einfluß zu wetteifern."

— Pariser Blutthaten. Die „Nationalzeitung" meldet aus Paris vom 9. Januar:

Paris beschäftigt sich heute ausschließlich mit dem blutigen Drama in der Redaction des „Cri du Peuple" und mit dem Urtheil in der Schwurgerichtsverhandlung gegen Frau Clovis Hugues. Die Angeklagte ist von der Schuld der Ermordung Morin's freigesprochen, dagegen zur Zahlung einer Entschädigungssumme von 2000 Francs mit Zinsen an den Civilkläger, sowie in der Tragung der Kosten verurtheilt worden. Der Justizpalast war von Tausenden umlagert, während der Verhandlungen zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Corps mit ihren Gemahlinnen, viele hervorragende Männer aus allen Berufskreisen beiwohnten. Das Auftreten der Angeklagten war wenig sympathisch. Man hatte allgemein an eine Verurtheilung geglaubt, so daß das Urtheil überraschte. Bezüglich des Falles im „Cri du Peuple" wird ferner gemeldet: „Die Gebrüder Ballerich erregen vielfach Theilnahme, da das Gebahren der unerhört schmutzigen Communardenpresse nachgerade unerträglich geworden ist. Die Thatsache, daß zwei höhere Polizeibeamte sich zu solcher That haben hinreißen lassen, wird als ein trauriger Beweis angesehen, wie weit es hier gekommen. Es wird überall die dringende Nothwendigkeit betont, daß die Regierung energische Maßregeln ergreifen müsse, um der vollständigen Auflösung aller Autorität vorzubeugen". Im Anschluß hieran entnehmen wir dem „Figaro" noch folgende Einzelheiten über die Blutthat selbst: Vor etwa zwei Wochen wurde in Grenelle eine Wittwe Ballerich ermordet, deren beide Söhne Polizeibeamte waren. Der Polizeipräfect, Mr. Camescasse, hatte ihnen während der ersten Tage Urlaub bewilligt. Sie beschlossen, diesen Urlaub dazu anzuwenden, die Mörder zu suchen. Es scheint nun,